

## Opposition feiert Referendum gegen Präsident Maduro

**Caracas.** Von 19 Millionen Wahlberechtigten haben knapp 7,2 Millionen Venezolaner laut Angaben der Opposition an der Volksabstimmung über die umstrittene Verfassungsreform von Präsident Nicolás Maduro teilgenommen. Die Opposition sprach von einer „klaren Botschaft“ an Maduro, aber auch „an die Welt“, wie es die Präsidentin der Zentraluniversität von Venezuela, Cecilia García Arocha, formulierte.

Am Referendum nahmen mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten in Venezuela teil. Im Vorfeld war allerdings erwartet worden, dass sich sogar mehr als die Hälfte an der Abstimmung – die rechtlich nicht bindend ist – beteiligen könnten.

Die Volksabstimmung wurde von Gewalt überschattet, bei einem bewaffneten Überfall auf Oppositionsanhänger wurden eine 61-jährige Frau getötet und drei weitere Menschen verletzt. ■

Seite 7

## Datenschützer laufen Sturm gegen Sicherheitspaket

**Wien.** Genau eine Woche ist das umfangreiche Sicherheitspaket nun in parlamentarischer Begutachtung. Zusammen mit einem Strafrechtsänderungsgesetz soll es die Befugnisse der Behörden erheblich ausweiten: Künftig sollen Videoaufzeichnungen verpflichtend der Polizei zur Verfügung gestellt werden müssen, Autokennzeichen digital überwacht werden und Autofahrer in ihren Fahrzeugen belauscht werden können.

Datenschützer und NGOs laufen Sturm dagegen. Mehr als 1800 Stellungnahmen sind laut dem Portal futurezone.at bereits eingelangt, die Website des Parlaments kommt mit der Veröffentlichung kaum nach. Die heftigste Kritik betrifft den geplanten Bundefrojaner, mit dem verschlüsselte Kommunikation auf Computern überwacht werden soll. Laut Datenschützern stellt er sogar eine erhebliche Gefahr dar. ■

Seite 11

## Südkorea schlägt Nordkorea neue Gespräche vor

**Seoul.** Südkorea hat dem Nachbarn Nordkorea angesichts der militärischen Drohgebärden auf der Halbinsel die Wiederaufnahme von Militärgesprächen vorgeschlagen. Das Verteidigungsministerium in Seoul erklärte am Montag, die Gespräche sollten dem Abbau der Spannungen entlang der stark befestigten innerkoreanischen Grenze dienen. Die Verhandlungen könnten am kommenden Freitag auf nordkoreanischer Seite des Grenzortes Panmunjom stattfinden. Auch über humanitäre Projekte will der Süden wieder reden.

Das Ziel sei es, bei dem Treffen der Militärs die Einstellung aller „feindseligen Handlungen“ entlang der militärischen Demarkationslinie zu erreichen. Beide Länder sind durch eine vier Kilometer breite Pufferzone voneinander getrennt. Eine Antwort aus Nordkorea zu den Vorschlägen blieb zunächst aus. ■

Seite 6

## HEUTE

**Indiens neuer Präsident** kommt aus der untersten Kaste. Seite 5

**Chinas Wirtschaftswachstum** verdeckt einen immer größer werdenden Schuldenberg. Seite 6

**Für Roger Federer** sind die Superlative ausgegangen. Seite 15

**Österreichs Fußballerinnen** starten gegen die Schweiz in die Europameisterschaft. Seite 16

**Mit österreichischer Expertise** wurde Santa Maria dell'Anima in Rom renoviert. Seite 17

**Außerirdisches Leben** zerstört sich, ähnlich wie die Menschheit durch den Klimawandel, vielleicht selbst. Seite 18

**Die Bawag** übernimmt die in Stuttgart ansässige Südwestbank. Seite 25

### KOMMENTARE

**Reinhard Göweil:** Österreich sollte sich die To-do-Liste der OECD zu Herzen nehmen. Seite 2

**Melanie Sully:** Der Druck auf Labour-Chef Jeremy Corbyn wird größer. Seite 2

**Christina Böck:** Darf Dr. Who auch weiblich sein? Seite 18

**Inhalt** Seite 24

# Der Hype um Corbyn und Labours Brexit-Dilemma

Noch reitet der Parteichef auf einer Welle der Popularität. Doch innerhalb seiner Fraktion ist er immer noch

Von Melanie Sully

Die britische Labour-Partei unter Jeremy Corbyn hat unerwartet gut bei der Parlamentswahl abgeschnitten. Der Brexit war im Wahlkampf ausgeklammert worden, nachdem Labour zugegeben hatte, dass weniger Arbeitssuchende aus EU-Ländern nach Großbritannien kommen sollen. Vor allem in den Regionen, die im Vorjahr für den Brexit gestimmt hatten, wollte nun Tory-Chefin Theresa May bei den Wahlen punkten und Labour in die politische Wüste schicken – stattdessen kehrte sie selbst angeschlagen nach Westminster zurück, konfrontiert mit einer schwierigen und kostspieligen Regierungsbildung auf wackeligen Beinen. Aber wie nachhaltig ist Corbyns Wahlerfolg? Noch reitet er auf einer Welle der Popularität und wurde

etwa jüngst beim Musikfest in Glastonbury wie ein Star bejubelt. Im gut organisierten Wahlkampf waren via Soziale Medien Videos veröffentlicht worden, auf denen nur Corbyn zu sehen war, umarmt von begeisterten Fans. Der Slogan „For the many, not the few“ sprach viele an. Es war aber eine auf Corbyn zugeschnittene Wahl – und mit ihm steht oder fällt nun das politische Schicksal der Labour Party. Sowohl Corbyn als auch May sollten dabei den alten politischen Spruch nicht vergessen: „Deine Feinde sitzen hinter dir.“ Jetzt fängt nämlich die Arbeit im Parlament an, wo Corbyn in seiner eigenen Fraktion immer unter Druck stand und steht. Diese Arbeit wird vom Brexit dominiert, zu dem Labour nach wie vor keine klare Vision anbieten kann. Die bisher benutzten Plattitüden helfen dabei nicht viel.



Melanie Sully ist gebürtige Britin, Politologin und leitet das in Wien ansässige Institut für Go-Governance.

Alle Beiträge dieser Rubrik unter:  
[www.wienerzeitung.at/gastkommentare](http://www.wienerzeitung.at/gastkommentare)

Die Wahl, die überraschend kam, gab der Labour-Führung keine Zeit, Corbyn-treue Kandidaten aufzustellen. Daher sitzen in seiner Fraktion immer noch viele Kritiker. Einige könnten demnächst als mächtige Ausschussvorsitzende, die sich mit dem Brexit und der Innenpolitik beschäftigen, vom Plenum gewählt werden. Diese Positionen bieten eine steile Karriere unabhängig von der Partei samt entsprechend großer medialer Aufmerksamkeit. Corbyn hat nach wie vor seine Fraktion nicht im Griff. Ein harter Kern von etwa 50 Abgeordneten aus den Labour-Reihen ist mit seiner Linie zum Austritt aus dem europäischen Binnenmarkt nicht einverstanden. Für sie ist der Binnenmarkt unentbehrlich für den Wohlstand der britischen Arbeitnehmer. Ein entsprechender Abänderungsantrag wurde explizit gegen den Wunsch